Sächsische Angelegenheiten.

Die Etatsberatung im Landtage.

Erster Tag.

Der Anfang der auf drei bis vier Tage berechneten Etatsberatung bewegte sich in den üblichen Gleisen. Es gab keine besonders aufregenden Szenen, keine hitzigen Zusammenstöße; doch standen die Verhandlungen merklich unter der Spannung nahender Neuwahlen. Das merkte man namentlich den Ausführungen der bürgerlichen Redner, besonders aber des nationalliberalen Wortführers an. Man machte auffällig in Beamtenfreundlichkeit, sogar die Arbeiter bekamen etwas Wohlwollen in schönen Worten ab, die aber freilich die gegen das Streikpostenstehen gerichteten Knebelungsbestrebungen so wenig vertuschen können, wie die seitherige ablehnende Haltung der Nationalliberalen zu den Lohnforderungen der in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter.

Wie gewöhnlich, so eröffnete auch diesmal den langen Reigen der Finanzminister v. Seydewitz mit einer zweistündigen Rede, in der er das im Zusammenhange darzustellen versuchte, was im Etat verzeichnet steht. Dabei gab es natürlich eine Unmenge Zahlen. Seine Worte waren eigentlich nur Begleitungen dazu. Sie wurden aber so unverständlich gesprochen, daß sie kaum zu verstehen waren. Da der neue Finanzminister ohnehin nicht eindrucksvoll spricht, ist es kein Wunder, ihm zuzuhören. Er war zunächst bemüht, die großen Ueberschüsse in der Finanzperiode 1910/11 zu erklären, die er etwas als Resultat einer günstigen Konjunktur hinstellte. Damit machte der Herr sich die Sache sehr leicht, sie wurde dadurch aber sehr wenig verständlich gemacht. Denn die günstige Konjunktur erklärt zum mindesten doch nicht die riesigen Minderausgaben, die bei nichtigen Posten gemacht worden sind, wo man entweder auf Kosten der Angestellten und der Kulturaufgaben gespart oder zuviel als Ausgabe eingestellt hat. Volle Aufmerksamkeit, aber auch scharfen Widerspruch fand der Finanzminister, als er sich über Sachsens Haltung zu den neuen Reichssteuern aussprach. Er schlug natürlich denselben Ton an, der schon aus der Thronrede herausgeklungen hatte. Gegen die Rüstungen, die die neuen Reichssteuern verursacht haben, sagte der Minister kein Wort, um so lebhafter lamentierte er darüber, daß die staatlichen Finanzen durch die neuen Reichssteuern beeinträchtigt würden. Deutlich genug gab er zu erkennen, daß die sächsische Regierung statt der Vermögenszuwachssteuer sehr gern neue indirekten Steuern zugestimmt hätte. Ein solcher Standpunkt ist um so verwerflicher, weil die große Mehrheit des sächsischen Volkes, das ohnehin schon schwer belastet ist und jetzt unter der Teuerung schwer leidet, die Lasten in der Hauptsache zu tragen gehabt hätte. Diese regierungsfreundliche Haltung konnte durch Lamentationen über die bedrohte Selbständigkeit der Einzelstaaten nicht verdeckt werden. Sie fordert zum schärfsten Protest des sächsischen Volkes heraus, das alle Ursache hat, sich gegen eine Steuerpolitik zu wenden, die ihm neue drückende Lasten in Aussicht stellt.

Der konservative Oekonomierat Dr. Hähnel hielt sich, wie immer, streng an den Etat. Er fühlte sich als Vorsitzender der Finanzdeputation und äußerte sich auch demgemäß. Doch hielt er es auch für besonders nötig, den Ausführungen des Finanzministers über die direkten Reichssteuern ausdrücklich zuzustimmen und sich über den großen Ueberschuß möglich zu freuen. Er erklärte auch sein Einverständnis mit der äußerst bedenklichen Gesetzesvorlage über die Beihilfen an die Schulgemeinden, deren Schwächen wir bereits dargelegt haben.

Die Etatsrede des Nationalliberalen Hettner war eine ausgesprochene Wahlrede. Er hielt es zunächst für nötig, die Sozialdemokratie etwas anzurempeln, und zwar wegen unserer ablehnenden Haltung zu den Heeresvermehrungen, aus der er sogar eine Schädigung der Arbeiter herauslesen wollte. Nachdem der Herr auf diese Weise zugleich eine Verbeugung vor den Konservativen gemacht hatte, kramte er eine große Anzahl Wünsche für die Beamten, die Angestellten und sogar die Arbeiter aus. Er sprach davon, daß der Staat als Arbeitgeber vorbildlich sein und auch die staatsbürgerlichen Rechte der in den Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter achten und wahren müsse. So hört man's sogar von den Nationalliberalen vor den Wahlen, die noch kein entschiedenes Wort gegen die Eisenbahnermaßregelungen verloren haben und die auch bereit sind, das Streikpostenstehen und damit auch das Koalitionsrecht der Arbeiter mehr als seither einzuschränken. Hettner fand übrigens — und damit hatte er ja so unrecht nicht —, daß Geld genug vorhanden sei, die Unebenheiten bei der Beamtenbesoldung zu beseitigen, wovon der Finanzminister absolut nichts wissen wollte, wobei er sogar kräftig abwinkte. Den sozialdemokratischen Steuerantrag wollen die Nationalliberalen insoweit unterstützen, als sie Einkommen bis zu 600 M. steuerfrei machen wollen. Im weiteren bot Herr Hettner ein buntes Allerlei: Fachschulen, Fortbildungsschulen, Submissionsamt, Leipziger Zeitung, Klauenseuche, Sparkassenzinsen, Kleinpflasterfrage, Kirche und Jugendpflege — diese und andere Punkte wurden im Eiltempo gewissermaßen im Vorübergehen behandelt. Dabei fand Hettner zwar auch einige platonische Worte für einen Arbeitslosenfonds, mit ungleich größerem Eifer erklärte er jedoch seine Zustimmung zu den 250 000 M., die für die nationale Jugendköderung gefordert werden. Schließlich machte er noch berechtigte Bedenken gegen das Schulbeihilfengesetz geltend und ließ schließlich eine platonische Liebeserklärung für ein neues liberales Schulgesetz steigen, von welcher Forderung die Nationalliberalen angeblich nicht abgehen wollen.

Von sozialdemokratischer Seite erhielt Herr Hettner eine tüchtige Abfuhr durch den Genossen Fleißner, der den Herrn zu einem Besuche von Arbeiterversammlungen einlud, wenn er die Stimmung der Massen über die Rüstungsvorlage kennen lernen wolle. Dann wies er den jetzt so stark in Arbeiterfreundlichkeit machenden Nationalliberalen nach, daß sie im letzten Landtage eine mäßige Erhöhung der Arbeiterlöhne kurzweg abgelehnt haben. Dadurch war festgestellt, daß das nationalliberale Wohlwollen für die Staatsarbeiter nur in schönen Worten besteht. Auch die feierlich sein sollende Erklärung Hettners zur Schulreform zerzauste er etwas, indem er darauf hinwies, daß die mühevolle Arbeit der letzten Volksschulreform von der Ersten Kammer einfach unter den Tisch geworfen worden sei. Daraus ergebe sich, daß man erst die Pairskammer beseitigen müsse, ehe man in der Volksschulreform vorwärts komme. Als der Redner das Herrenhaus als Hindernis für die Kulturentwicklung kennzeichnete, wurde der präsidierende Opitz nervös und fand, daß man der Ersten Kammer nicht die schuldige Achtung zolle, womit er auf der Linken die gebührende Heiterkeit erweckte, sonst aber nichts erreichte. Sodann kritisierte Genosse Fleißner eingehend die auch von uns schon beleuchtete Ueberschußwirtschaft im Staate, die dadurch zustande kommt, daß Einnahmen zu niedrig und Ausgaben zu hoch eingestellt werden. Die Scheu der Regierung vor direkten Reichssteuern beleuchtete Genosse Fleißner ebenfalls treffend und wies dabei zugleich nach, daß sowohl die Regierung wie die bürgerliche Mehrheit im Grunde ebensowenig etwas von einer direkten Steuer für den Staat wie für das Reich wissen wollten. Sodann begründete der Redner einen sozialdemokratischen Antrag auf Wegfall der untersten Klassen bei der Einkommensteuer und enthüllte dabei auch die volksfeindliche Wirkung der indirekten Schlacht- und Fleischsteuer in Sachsen. Die Etatseinstellungen seien zum großen Teil auf die Interessen der herrschenden Klasse zugeschnitten, denn für die Hochschulen habe man viel, für die Volksschulen nur wenig übrig gehabt. Für die Arbeitslosenfürsorge habe man gar nichts eingestellt, dagegen die Prinzenapanagen wesentlich erhöht und auch 150 000 M. für nationale Jugendpflege mehr gehabt. Scharf kennzeichnete er die antisoziale Haltung der Regierung, die nicht nach den Forderungen der Arbeiter frage, die die Anträge der Sozialdemokratie ignoriere, obwohl die Mehrheit der wahlberechtigten Bevölkerung hinter unserer Partei stehe.

Nachdem der sozialdemokratische Redner unter dem Beifall der Genossen geendet hatte, trat der Freisinnige Günther für Steuererleichterungen ein, die man den minderbemittelten Volksklassen gewähren müsse. Auch er geißelt die Ueberschußpolitik, die er als verfassungswidrig bezeichnet und damit den Finanzminister herauslockte, der glaubte, sich dagegen verwahren und dabei zugleich einige Worte zur Verteidigung der Prinzenapanagen gegen die Ausführungen des Genossen Fleißner versuchen zu müssen. Schließlich machte der Chemnitzer Oberbäckermeister Biener noch etwas in Hausbesitzer- und Mittelstandspolitik. Abends kurz vor 7 Uhr werden sodann die Verhandlungen nach fast neunstündiger Dauer auf Donnerstag vertagt.

Gegen die Einführung des Sparkassenzinses.

Der konservative Abg. Dr. Böhme hat mit Unterstützung seiner Fraktion folgende Interpellation in der Zweiten Kammer eingebracht:

> Ist die Königliche Staatsregierung gewillt, Maßnahmen zu ergreifen, wodurch die öffentlichen Kassen von der Erhöhung des Zinsfußes und der Kündigung der von ihnen ausgeliehenen Hypotheken abgehalten werden, damit die gegenwärtige Krise, in der sich der Hypothekenmarkt befindet, nicht verstärkt werde?

Sinkender Volksschulaufwand?

Die Leipziger Lehrerzeitung brachte in einer ihrer letzten Nummern eine Uebersicht, wie sich der Aufwand für die Volksschulen, ebenso wie in Leipzig, auch in Dresden prozentual von Jahr zu Jahr verringere. Aus der Aufstellung geht hervor, wie sich die kommunalen und sozialen Aufgaben einer Großstadt im Laufe der letzten Jahrzehnte vergrößert haben. Im Jahre 1881 betrug der Etat von Dresden etwas über 5 Millionen Mark, von denen 887 000 Mark auf die Volksschulen entfielen. Der Volksschuletat betrug also damals etwa ein Fünftel des Gesamtetats. Im Jahre 1911 betrug der Gesamtetat schon 57,2 Mill. Mark, der Schulaufwand aber nur 8,2 Millionen, d. h. ein Siebentel des Gesamtetats. Nach dem Entwurf für 1914 ist der Etat für Dresden auf rund 86 Millionen Mark veranschlagt, der Volksschuletat darin mit 8,9 Millionen, also mit einem knappen Neuntel, enthalten.

Die Rechnung ist ja ganz interessant. Es wäre aber verfehlt, anzunehmen, daß der Volksschulaufwand nun tatsächlich um so viel im Verhältnis zu den Gesamtausgaben zurückgegangen sei, als es nach dem Vergleiche scheint, die Verschiebung ist hauptsächlich dadurch entstanden, daß die Großstädte neue Gebiete der kommunalen Betätigung erschlossen haben, die die Etatsaufstellung durch neue große Summen verschieben. Es sei nur daran erinnert, daß in Dresden seit 1881 die Straßenbahn und der Schlachthof, beide mit einem vielfachen Millionen-Etat, in den Besitz und damit auch in die Verwaltung der Stadt übergegangen sind. Außerdem sind die sonstigen städtischen Betriebe stark erweitert worden. So wird es sicher auch in anderen Großstädten sein.

Ist sonach die Verschiebung zugunsten der Volksschule auch nicht so groß, wie es auf den ersten Blick erscheint, so muß doch immerhin zugegeben werden, daß auch in den Großstädten noch lange nicht genug für die Volksschule getan wird. Das offenbart schon die zu hohe Klassenstärke in den Bezirksschulen von Dresden.

Reaktionäre Fürsorge des Kultusministeriums.

Der Arbeitsausschuß für die Sonderausstellung: Schule und Buchgewerbe auf der Internationalen Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik in Leipzig 1914 hatte sich an das Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts mit der Bitte gewandt, die Schulbehörden und Schulgemeinden auf die Sonderausstellung hinzuweisen und zur Bereitstellung von Ausstellungsgegenständen zu ermächtigen.

Statt diese Bitte nach Kräften zu unterstützen, macht es das Ministerium den interessierten Schulmännern fast unmöglich, sich an dieser Ausstellung zu beteiligen, indem es verfügt, daß „dabei der wirkliche Stand des sächsischen Schulwesens wahrheitsgetreu dargestellt und jede Bevorzugung einzelner pädagogischer Richtungen streng vermieden wird", und „daß nicht etwa zu Zwecken der Ausstellung Versuche mit Schülern innerhalb des Schulbetriebes vorgenommen werden, vielmehr dessen ungestörter Fortgang unbedingt gewahrt bleibt".

Auf Deutsch: Es darf auf der Ausstellung nicht in die Erscheinung treten, daß der „wirkliche Stand des sächsischen Schulwesens" gerade von den intelligentesten und berufsfreudigsten Lehrern als sehr unvollkommen angesehen wird und daß deswegen in Lehrerkreisen eifrig an einer Reform gearbeitet wird. — Anders hat's auch niemand vom sächsischen Kultusministerium erwartet!

Rechtsanwälte in Sachsen.

Die Zahl der in Sachsen zugelassenen Rechtsanwälte betrug bei Beginn des Jahres 1899 584 und war bei Beginn des Jahres 1913 auf 1224 gestiegen. Da die Bevölkerung Sachsens zu Beginn 1899 4 040 000 Seelen betrug und 1913 auf 4 870 000 Seelen zu veranschlagen ist, so kam 1899 auf je 6900 Einwohner und 1913 auf je 4000 Einwohner ein Rechtsanwalt.

Die sächsische Altersrentenbank.

Als Dekret Nr. 14 ist dem Landtage eine Uebersicht über den Vermögensstand der Altersrentenbank am Schlusse des Jahres 1909 zugegangen. Die Uebersicht über den Vermögensstand der Altersrentenbank ist für den Schluß des Jahres 1909 aufgestellt worden gemäß § 25 des Gesetzes, die Einrichtung der Altersrentenbank betreffend. Die Uebersicht erstreckt sich auf den bis dahin seit Eröffnung der Bank verflossenen Zeitraum von 51 Jahren und behandelt eingehend den seit der letzten Vermögensübersicht Ende 1899 verstrichenen zehnjährigen Zeitraum 1899 bis 1909.

Zu den Ergebnissen bemerkt die Vorlage folgendes: Die Uebersicht zeigt, daß zu den Ende 1899 aufgeführten 100 490 Einlagen im Betrage von 46 450 957,49 M. in den Jahren 1900 bis 1909 zusammen 30 606 Einlagen mit einem Betrage von zusammen 24 182 568,36 M. hinzugekommen sind. Die Anzahl der seit Bestehen der Bank überhaupt geleisteten Einlagen ist auf 131 296, ihr Betrag auf 70 583 525,85 M. gestiegen, womit Rentenanwartschaften im Gesamtbetrage von 7 079 412,43 M. jährlich erworben wurden. Wegen Ablebens von Rentenanwärtern und Rentnern, wegen Ablaufs der Genußzeit von Zeitrenten und aus anderen Ursachen sind in den Jahren 1900 bis 1909 zusammen 20 366 Einlagen ausgeschieden mit 13 798 710,76 M. Gesamtkapital. Sonach ergibt sich für 1900 bis 1909 ein reiner Zuwachs von 10 440 Einlagen mit 10 333 857,60 M. Gesamtkapital. — Wie die Uebersicht erkennen läßt, sind die Einlagen seit 1904 sowohl der Zahl, wie auch der Gesamthöhe des Betrages nach zurückgegangen. Dies kann bei der schon seit längerer Zeit bestehenden allgemeinen Geldknappheit und dem damit verknüpften Steigen des Zinsfußes, sowie bei der weitgehenden Altersfürsorge, die großen Bevölkerungsschichten in mehr und mehr steigendem Maße durch die Reichsversicherungsgesetzgebung zuteil geworden ist, nicht auffallen. Daneben ist der Rückgang dadurch veranlaßt worden, daß durch das Gesetz vom 3. Juni 1904 das Recht zur Benutzung der Altersrentenbank eine Einschränkung erfahren hat und die Grenzen für Mindesteinlagen sowie für Mindestrenten höher gelegt worden sind. Von den bei der Altersrentenbank am 31. Dezember 1909 überhaupt versicherten 14 124 Personen haben beim Vertragsabschlusse 13 449 im Königreiche Sachsen, 589 in den übrigen Staaten des Deutschen Reiches und 86 im Reichsauslande gewohnt. Die 13 449 Versicherten im Königreich Sachsen verteilen sich mit 9894 auf die Städte und 3555 auf das platte Land. Von je 1000 Einwohnern des Königreichs Sachsen (nach dem Stande der Gesamtbevölkerung am 1. Dezember 1905) sind 3 (genau 2,98) Personen bei der Altersrentenbank versichert.

Roßwein. Bei den Stadtverordnetenwahlen wurden vier bürgerliche Kandidaten und zwei Sozialdemokraten gewählt. Die Zahl der sozialdemokratischen Vertreter erhöht sich dadurch von vier auf sechs.

Kamenz. Zwei neue Sitze eroberten unsere Genossen bei den Stadtverordnetenwahlen. Seither war nur ein Genosse im Stadtparlament, in Zukunft werden es drei sein.

Zschopau. Im hiesigen Lehrerseminar erkrankten nach dem Mittagessen 90 Seminaristen an Erbrechen und Durchfall. Neun von ihnen wurden sofort ins Krankenhaus gebracht, während sich die übrigen schnell wieder erholten. Da die Erkrankungen im Anschluß an das Mittagessen sich ereigneten, sind Speisereste zur Untersuchung eingesandt worden. In Zschopau und Umgegend war das Gerücht verbreitet, es handle sich um Cholera, doch trifft diese Vermutung nicht zu. Die Untersuchung ist allerdings noch nicht abgeschlossen.

Glauchau. Bei der heutigen Ergänzungswahl zur Stadtverordnetenversammlung waren acht Stadtverordnete zu wählen. In den Klassen B und C wurden sechs bürgerliche Kandidaten und in der Klasse A an Stelle der ausscheidenden bürgerlichen zwei sozialdemokratische Kandidaten gewählt. Unsere Genossen besitzen nunmehr sechs von den 24 Sitzen des Kollegiums.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Der in Theusdorf bei Geithain wohnhafte 49 Jahre alte Maurer und Hausbesitzer Julius Stein wollte von seiner Arbeitsstätte in Geithain mit dem Rade nach seiner Behausung zurückfahren. Hierbei fuhr er in Altdorfer Flur gegen einen Leitungsmast der Ueberlandzentrale und erlitt schwere Verletzungen am Kopfe, an denen er bald nach dem Unfalle verstarb. Der Verunglückte hinterläßt 13 Kinder. — In Rüsseina b. Roßwein sind in den letzten Tagen sieben Personen (Kinder und Erwachsene) an Unterleibstyphus erkrankt. Sie wurden nach dem Friedrich-August-Verbands-Krankenhause in Roßwein übergeführt. — Von der Dreschmaschine getötet wurde in der Rittergutsschäferei Gauernitz die 40jährige Korbmachersehefrau Rankt aus Constappel. Der Maschinist hatte auf kurze Zeit den Maschinenraum verlassen, ohne die Schutzvorrichtung anzustellen. Der bedauernswerten Frau war der Kopf vollständig zerdrückt worden. — Der 29 Jahre alte Arbeiter Junghans in Roßwein wurde in einer Metallwarenfabrik von einer zerspringenden Schmirgelscheibe an den Leib getroffen und tödlich verletzt. — Wegen Beraubung von ihm zur Abrechnung gegebener Sammelbüchsen der Straßenbahn in Zittau wurde ein städtischer Straßenbahnkontrolleur verhaftet. — Einbrecher treiben in der Gegend von Großenhain weiter ihr Unwesen. Nachdem vor einigen Tagen in der Großenhainer Superintendentur und dann in der Bauhütte auf dem neuen Flugplatz eingebrochen wurde, ist jetzt ein Einbruch in Elsterwerda bei einem Fleischermeister dadurch verübt worden, daß die Täter mittels Glasschneider die Scheibe ausgeschnitten und so in den Laden gelangten, wobei sie das Wechselgeld und Fleisch- und Wurstwaren mitnahmen.

Stadt-Chronik.

Der erste Wahltag!

Gestern Mittwoch wurden in der zweiten Altersklasse der Bürger die Stadtverordnetenwahlen vollzogen. Das Ergebnis bringt insofern eine Verschiebung in den Parteiverhältnissen des Stadtverordneten-Kollegiums, als zwei Konservative hinaus- und dafür zwei Nationalliberale hineingewählt wurden. Möglicherweise ist am heutigen Wahltage der gleiche Fall zu verzeichnen. Bekanntlich erlitten die Konservativen schon bei der Wahl vor zwei Jahren einen empfindlichen Mandatsverlust.

In Abteilung B (Arbeiter) hat sich unsere Partei gut behauptet. Wir haben eine Stimmenzunahme von 316 zu verzeichnen. Die „Nationalen", die diesmal auch in dieser von uns sicher beherrschten Abteilung Kandidaten aufstellten, brachten es auf ganze 488 Stimmen. Unter ihren Kandidaten befanden sich ein Klempnermeister und ein Tapeziermeister!

Zweifelhaft konnte der Ausgang in Abteilung D (Gewerbtreibende usw.) sein, da sich auch hier drei Gruppen an der Wahl beteiligten. Trotzdem haben die Konservativen die Mandate behauptet. Wir sind ihnen jedoch dicht auf den Fersen, indem auf unsere Kandidaten 1148 Stimmen entfielen. Die Konservativen siegten zwar mit 1472 Stimmen, ihre Stimmenzahl ging aber um etwa 330 zurück! Unsere Stimmenzahl verringerte sich um etwa 50, die der Liberalen stieg um ungefähr 160. — Gewählt wurden in Abteilung B unsere Genossen Bildhauer Raue und Lagerhalter Bär, die

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19131127/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG